

1

Artikelsammlung

Israel

die tageszeitung

VORAN

Solidarity price £1
Militant 40p
The Marxist Paper for Labour and Youth

Preis : 3.-

Zivile Kommandos der israelischen Armee

ta2
Mi 3.7.91

Seit Anfang des Jahres haben zivil getarnte Kommandos der israelischen Armee wiederholt Bewohner des Gaza-Streifens auf offener Straße erschossen / Für die Einsätze „leihen“ Armee-Angehörige Taxis und andere PKWs von Palästinensern

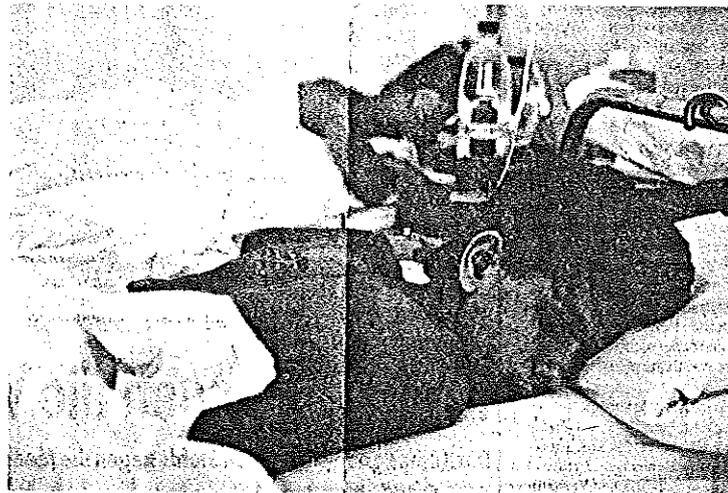
Von Q. Gidran / E. Anderson

Mit sichtlicher Anstrengung schafft es Duwad Mahmud Al-Braym, sich mit seinen dünnen Unterarmen im Krankenbett aufzurichten. Eine mehrere Zentimeter lange Narbe zieht sich über den Rücken des 14-jährigen aus Bani Suhaila im südlichen Teil des von Israel besetzten Gazastreifens. Mit einer Mischung aus Neugier und Vorsicht im Blick, erzählt er die Geschichte seiner Verwundung: „Ich war am 27. März auf dem Weg zurück vom Abendgebet, als ein gelber ziviler Mercedes mit palästinensischem Kennzeichen unweit von mir anhielt“, beginnt er. Solche Autos werden im Gazastreifen als Sammeltaxis verwendet. Sieben Menschen in Zivil sollen nach Al-Brayms Aussage im Taxi gesessen haben.

„Drei von ihnen sprangen plötzlich aus dem Auto und erst, als sie zu schießen begannen, begriff ich, daß es israelisches Militär war“, fährt er fort. „Zuerst spürte ich etwas Heißes in meiner Brust, dann versuchte ich, wegzulaufen und fühlte diesen Schmerz im Rücken.“ Es waren Militärs der israelischen Armee, die ihn anschließend abtransportierten.

Ob Al-Braym an illegalen Aktionen, wie zum Beispiel dem Sprühen von Graffiti beteiligt war, sei dahingestellt. Er ist fast noch ein Kind und er hat offensichtlich Angst, etwas Falsches zu sagen. Die ersten Tage hatte er in verschiedenen zivilen und militärischen Krankenhäusern verbracht. Etwas verwirrt erzählt er von Tritten und Schlägen während des Verhörs durch die israelische Armee. Jetzt, im Jerusalemer Maqasid-Krankenhaus, fühlt er sich einigermaßen sicher, auch weil sein Zimmernachbar ein Junge seines Alters ist, der ebenfalls von der israelischen Armee angeschossen wurde. Doch auch wenn die Armee den Jungen in Zukunft in Frieden läßt, Al-Braym wird den Rest seines Lebens im Rollstuhl verbringen. Durch die Schüsse in seinen Rücken ist er querschnittsgelähmt.

Immer wieder ist im Gazastreifen die Geschichte zu hören, daß die israelische Armee besonders in den letzten Wochen zivile palästinensische Autos anhielt und gegen Quittung für ein paar Tage „ausgeliehen“ hat, um sie für Aktionen wie diese, denen Al-Braym zum Opfer fiel, zu verwenden. Offiziell tauchte ein solcher Fall das erste Mal in einem Be-



Duwad Mahmud Al-Braym

Foto: Quossem Gidran

richt des UN-Generalsekretärs an den UN-Sicherheitsrat im Januar dieses Jahres auf. Ein ähnliches ziviles Kommando hatte am Morgen des 29. Dezember letzten Jahres in Rafah zwei maskierte Jugendliche beim Sprühen von Graffiti erschossen. Die Soldaten bewegten sich ebenfalls mit Hilfe eines zivilen Autos unerkannt im Flüchtlingslager. Die darauf folgenden Auseinandersetzungen zwischen den Einwohnern Rafahs und der israelischen Armee gehören zu den schwersten seit Beginn

der Intifada. 193 Verletzte mit Schußverletzungen durch scharfe Munition wurden am Abend laut UN-Bericht registriert. Die Armee hatte Steine und Tränengasgranaten von Helikoptern abgeworfen, umder Lage Herr zu werden.

Die damals angeschossenen Jugendlichen hatten diese zivile Kommandoaktion ebenso wenig überlebt wie der 19-jährige Mu'in Mahmud Muhammad Damu. Nach Berichten von Augenzeugen, die den Vorfall von mehreren Seiten aus beobachtet

haben, gehörte Damu zu einer Gruppe von maskierten Jugendlichen, die am Morgen des 15. Mai Slogans auf die Wand eines Kindergartens in Rafah sprühten. Während der Aktion habe ein Peugeot 404, eine häufig in Gaza von Palästinensern benutzte Automarke, wenige Meter vom Kindergarten entfernt angehalten. Vier der Insassen in Zivil seien aus dem Auto gesprungen, zwei von ihnen hätten nach Aussagen der Augenzeugen, ohne Warnung das Feuer auf Damu eröffnet. Nach

ein bis zwei Salven sei Damu zusammengebochen. Mehrere Augenzeugen berichteten, daß einer der „Zivilisten“ Damu anschließend von ein bis zwei Meter Entfernung in den Nacken geschossen habe. Die Leiche soll danach durch den Sand Richtung Auto gezogen und im Kofferraum verstaut worden sein. Am gleichen Abend konnten Damus Eltern dessen Leiche von der lokalen israelischen Zivilverwaltung abholen.

Am nächsten Morgen war in der 'Jerusalem Post' zu lesen: „Das Militär erschoss eine Person aus einer Gruppe von mit Äxten bewaffneten maskierten Jugendlichen im Rafah-Flüchtlingslager, nachdem die Gruppe den Befehl zum Anhalten ignoriert hatte, und das Militär das Feuer eröffnete.“

Ob Al-Braym maskiert war, bleibt offen. Die anderen erschossenen Jugendlichen trugen anscheinend Masken. Eine Methode, die meist von Palästinensern angewandt wird, um ihre Identität bei illegalen Aktionen, wie dem Sprühen von Graffiti, zu decken. Laut einem Bericht der israelischen Menschenrechtsgruppe B'salem vom Juli 1990, hat die israelische Armee seit Februar 1989 die Erlaubnis, das Feuer auf solche maskierte Jugendlichen mit scharfer Munition zu eröffnen, auch wenn diese unbewaffnet sind. Nach Armeeregeln muß zuerst auf Arabisch gewarnt, dann in die Luft geschossen und schließlich auf die Beine gezielt werden. Al-Braym und Damu hatten keine Chance. Sie erkannten das zivil getarnte Kommando der israelischen Armee erst, als das Feuer auf sie eröffnet wurde.

Alte Gasmasken gingen „nur“ an Palästinenser

Israels Gasmasken-Skandal bekam gestern eine neue Wendung: Die seit den 70er Jahren von der israelischen Armee als veraltet und funktionsunfähig ausgemusterten und vor dem Golfkrieg in aller Eile zurückgekauften Gasmasken seien nicht an die israelische Bevölke-

rung, sondern an Palästinenser in den besetzten Gebieten verteilt worden, erklärte Stabschef General Schomron. Alle Gasmasken seien getestet und für sicher befunden worden. Warum sie ausschließlich an Palästinenser verteilt wurden, erklärte er nicht. aw

ta2 Mi 20. 3. 91

Israels Oberzensor unter Druck

ta2 Mi 25. 11. 92

Abkommen der Presse mit der Militärzensur kritisiert

Tel Aviv (ta2) – Die israelischen Medien kritisieren neuerdings offen das bestehende System der Militärzensur, das seit der Staatsgründung 1948 auf der Grundlage der britischen kolonialen Notstandsgesetze aus dem Jahr 1945 praktiziert wird. Über die Umstände eines schweren Unfalls während einer Übung der israelischen Armee war kürzlich von der Pressezensur eine partielle Nachrichtensperre verhängt worden. Bei dem Unfall im Negev kamen fünf Mitglieder einer Eliteeinheit ums Leben. Nach Aussagen des Verteidigungsministers wäre der Unfall durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen vermeidbar gewesen. Die israelische Tageszeitung *Ha'aretz* nahm diesen Vorgang zum Anlaß, die seit langem bestehende Vereinbarung zwischen der Zensurbe-

hörde und einem Ausschuß der Chefredakteure der Tagespresse zu kündigen. Vor allem protestierte *Ha'aretz* gegen das ursprünglich auferlegte Schweigeverbot; es bezog sich in diesem Fall auf die Anwesenheit des israelischen Stabschefs, seines Stellvertreters und anderer hoher Generalstabsmitglieder bei der Übung, die zu dem Unfall geführt hatte. Gegenwärtig untersucht die Militärpolizei, wer für die fehlenden oder unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen bei der Übung verantwortlich war und wer von ihnen vor Gericht gestellt werden soll.

Der Knessetausschuß für Recht und Gesetzgebung unter Vorsitz des Abgeordneten Dedi Zucker (Merez) berief letzte Woche eine Sondersitzung zum Thema Zensur und Presse ein. Zucker beschul-

digte die Chefredakteure der Tageszeitungen, einem Abkommen mit der Zensur zugestimmt zu haben, das nun 44 Jahre lang fortbesteht und mit einem demokratischen System unvereinbar sei. Das Abkommen schränke die Pressefreiheit viel weitgehender ein, als das Oberste Gericht verlange oder gestatte. Der Zensor habe enorme Privilegien und weitgehende Manipulationsmöglichkeiten zur Beeinflussung der Informations- und Veröffentlichungspolitik, so Zucker. Das Abkommen zwischen dem Chefzensor und dem kleinen Zirkel der Chefredakteure ermöglicht beiden Seiten, Streitfragen so zu schlichten, daß gerichtliche Instanzen dabei völlig ausgeschaltet bleiben. In der Praxis einigt man sich untereinander oder bringt Streitfragen vor ein Schlichtungs-

komitee, das aus einem Vertreter der „Öffentlichkeit“, einem Vertreter des obersten Zensors, und einem Vertreter des Komitees der Chefredakteure besteht. „Sicherheitsargumente“ des Zensors oder seiner Vorgesetzten sind dann in letzter Instanz entscheidend für die Veröffentlichungspolitik der Medien. Als „Gegenleistung“ bei diesem *gentlemen agreement* verpflichtet sich der Zensor, keine hebräischen Tageszeitungen zu schließen, wenn diese gelegentlich gegen Verbote der Zensur verstößen haben. Aufgrund der britischen Notstandsverordnungen hat der Zensor nämlich das Recht, das Schließen von Zeitungen oder Zeitschriften zu befehlen.

Ha'aretz spielt nun nicht mehr mit. Der Chefredakteur verpflichtete sich zwar, Pressematerial wei-

terhin der Vorzensur vorzulegen, will jedoch in Streitfällen nicht mehr beim Schlichtungskomitee, sondern vor dem Obersten Gericht eine Entscheidung suchen. Der oberste Zensor Brigadegeneral Y. Schani warnte *Ha'aretz*: „Damit gehe der Zeitungschef ein großes Risiko ein, weil das Oberste Gericht angeblich stets im Sinne des Zensors und bei Verletzung von Zensurvorschriften für eine Schließung der Zeitung entscheiden werde.“

Die Mehrheit der Mitglieder des Knessetausschusses für Gesetzgebung und Recht befürwortet den Fortbestand der Militärzensur, verlangte jedoch, daß diese nicht aufgrund der Notstandsverordnungen der britischen Mandatsmacht schalten und walten solle, sondern zukünftig im Rahmen israelischer Gesetze. Der Vorsitzende Dedi Zucker setzte sich dafür ein, daß die Zensur einer zivilen Instanz übergeben und das breite Spektrum von zensurpflichtigen Themen wesentlich eingeschränkt werde. Amos Wolff

Israel verstärkt seine Polizeikräfte faz Di 23.3.93

■ Ruf nach mehr Sicherheit / Wachsender palästinensischer Widerstand

Tel Aviv (faz) – Die israelische Bevölkerung fühlt sich angesichts des wachsenden Widerstandes der Palästinenser gegen die Besatzung verunsichert. Der Ruf nach mehr „Sicherheitsmaßnahmen“ wird lauter. Doch auch der neue Regierungsbeschluss über eine zehnpro-

zentige Verstärkung von Polizei und Grenzschutz in den besetzten Gebieten wird diesen Ruf kaum zum Verstärken bringen.

Ministerpräsident Jitzhak Rabin betonte nach seiner Rückkehr aus Washington, daß es keine „Wundermittel“ gegen den Wider-

stand gebe und die israelische Bevölkerung „lernen muß, mit dem Terror zu leben“, solange es noch keine politische Lösung gibt. „Auch mit der größeren Polizeimannschaft werden wir keine absolute Sicherheit garantieren können“, erklärte Polizeiminister Mo-

sche Schachal (Arbeitspartei). Er rief die jüdische Bevölkerung auf, sich massenhaft bei der Bürgerwehr zu melden, einer Freiwilligenorganisation unter der Leitung von Polizisten, der bereits rund 40.000 Israelis beigetreten sind. Ihre Mitglieder patrouillieren nachts in israelischen Städten und Dörfern und in den jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten.

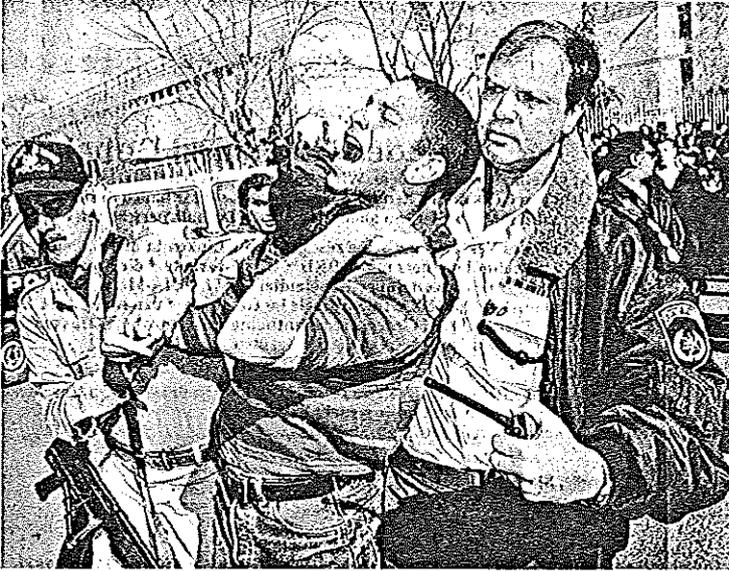
Das Kabinett beschäftigte sich am Sonntag vor allem damit, wie den vereinzelt, aber beinahe täglichen Angriffen von Palästinensern auf Israelis begegnet werden soll. Rechtsoppositionelle Gruppen und Siedler verlangen härtere kollektive Strafmaßnahmen gegen die palästinensische Bevölkerung. Einige Minister warnten vor dem Überhandnehmen rechtsextremer Parteien und bewaffneter Siedlergruppen, die immer häufiger auf eigene Faust und mit Waffengewalt gegen Palästinenser sowie deren Eigentum vorgehen.

Auf der Tagesordnung der Regierung stand erneut die Frage der Zukunft des Gaza-Streifens. Im Rahmen der jüngsten „Ausspernung“ palästinensischer Arbeiter aus Israel stellten die Minister des linksliberalen Meretz-Blocks einen Plan vor, der die Verdienstmöglichkeiten wenigstens eines Teils der männlichen Bevölkerung im Gaza-Streifen selbst sichern soll. Bis zu 20.000 vor allem jüngere Arbeitslose könnten in Gaza-

Streifen Anstellung finden, wenn ca. 300 Mio. Dollar für öffentliche Arbeiten und Wohlfahrtsleistungen aufgewendet werden könnten. Das käme auch Rabins Vorschlag entgegen, die Arbeit palästinensischer Tagelöhner aus dem Gaza-Streifen in Israel drastisch einzuschränken, weil so die Gefahr des „Einschleusens von Terroristen“ reduziert werden könne.

Nach Angaben israelischer Militärsprecher wurden im Lauf der letzten Woche in Khan Yunis, im südlichen Gaza-Streifen, 6 Palästinenser von israelischen Soldaten getötet und 231 verletzt: Am Sonntag wurden bei Demonstrationen in Khan Yunis ein 12- und ein 24-jähriger Palästinenser erschossen, und 19 andere palästinensische Einwohner erlitten Schußwunden. Bei Angriffen bewaffneter Palästinenser kamen in den besetzten Gebieten am Wochenende zwei israelische Soldaten ums Leben, und unter den Siedlern wurde wieder der Ruf nach Racheakten und schärferem Militäreinsatz laut. Rechte Oppositionsparteien haben demonstrative Anträge für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung gestellt, die gestern von der Koalitionsmehrheit in der Knesset abgelehnt wurden.

Kurz vor der Parlamentsdebatte drang ein Palästinenser aus dem an Jerusalem angrenzenden Dorf Jaber Mukaber in den Hof einer bewachten Gewerbeschule im Westjerusalem Industrieviertel Talpilot ein und verwundete fünf Schüler sowie den Schuldirektor mit einem Messer. Der Angreifer wurde zu Boden geworfen und beinahe gehängt, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Amos Wollin



Israelische Polizisten überwältigen messerstechenden Palästinenser

Foto: Reuters

Unter Rabin nahmen die Schüsse mit Todesfolge zu

■ Menschenrechtsorganisation untersuchte Militäreinsätze in besetzten Gebieten

Tel Aviv (faz) – Das Westjerusalem Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten „B'Tselem“ legte eine Studie über die Einsätze israelischer Soldaten in den besetzten Gebieten vor. In der Zeit von August 1992 bis Januar 1993, seit Amtsantritt von Ministerpräsident Jitzhak Rabin also, wurden danach 20 Prozent mehr PalästinenserInnen von israelischen Soldaten erschossen als in den letzten sechs Monaten der Schamir-Regierung im ersten Halbjahr 1992. Seit August starben 76 Menschen an den Schüssen der Armee. Der Anteil der bei Militäreinsätzen getöteten

palästinensischen Kinder und Jugendlichen unter 17 Jahren ist im Laufe der ersten sechs Monate von Rabins Amtszeit sogar um 180 Prozent gestiegen. Vier Kinder unter 13 Jahren und 13 Kinder und Jugendliche unter 17 Jahren wurden getötet. „B'Tselem“ hat jetzt von der Regierung gefordert, „dem Morden in den besetzten Gebieten sofort Einhalt zu gebieten“. Die Forscher bei „B'Tselem“ kamen zu dem Ergebnis, daß rund zwei Drittel der im letzten halben Jahr getöteten PalästinenserInnen in Situationen erschossen wurden, in denen sich die scharfschießenden israelischen Soldaten in kei-

nerlei Lebensgefahr befanden. Daraus müsse der Schluß gezogen werden, daß sich die Besatzungstruppen nicht an die geltenden „Schießverordnungen“ hielten. Diese Anweisungen besagen unter anderem, daß nach Möglichkeit nicht auf Personen unter 14 Jahren geschossen werden soll, und daß bei Verhaftungen „nur“ auf die Beine, aber nicht auf den Oberkörper des Verdächtigten gezielt werden darf.

„B'Tselem“ fordert, daß die „Schießverordnungen“ neu formuliert werden und an die entsprechenden Bestimmungen der Polizei auf dem israelischen Staatsge-

biet angepaßt werden – „im Geist des israelischen Rechts“. Die Militärsprecher werden aufgefordert, Armee-Einsätze in den besetzten Gebieten nicht dadurch zu beschönigen oder ganz zu vertuschen, daß sie „ungenauere Meldungen“ der Soldaten vor Ort als bare Münze an die Medien weitergeben.

In der Regierungssitzung am letzten Sonntag wiederholten auch die Meretz-Minister ihre Kritik an den vielen Erschießungen von Palästinensern in den letzten Wochen und Monaten. Sie forderten von Rabin Schritte, um die Zahl der Opfer wenigstens zu senken. Umweltminister Jossi Sarid (Meretz)

befürwortete Schüsse auf gesuchte Palästinenser, wenn sie bewaffnet sind; beim Einsatz von Truppen zur „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung sollte jedoch vorsichtiger mit der Schußwaffe umgegangen werden“. Rabin antwortete, daß es in letzter Zeit keine Änderung der Schießbefehle gegeben habe. Die Soldaten in den besetzten Gebieten befänden sich in einem Dilemma. Die Minister sollten sich mit ihnen unterhalten, um sich davon zu überzeugen, wie leid es ihnen täte, wenn es Unschuldige treffe.

Seit der Regierungssitzung sind bis Montagabend bereits weitere vier palästinensische Jugendliche erschossen worden. Damit steigt die Zahl der Toten an diesem blutigen Wochenende auf zehn. Seit dem Beginn der Intifada hat die israelische Armee über tausend Menschen getötet. Amos Wollin

Mo 15.3.93 faz

■ Israel/Polizei

Aufruf zur Bewaffnung

Jerusalem (AP) – Nach der Welle von Mordanschlägen von Palästinensern, denen in den letzten zehn Tagen sechs Israelis zum Opfer fielen, hat Israels Polizeichef Jaacov Ternier am Samstag die Bürger aufgerufen, sich zu bewaffnen. Er schlage nicht vor, daß die Leute mit Jagdgewehren herumlaufen sollten, sagte Ternier im Rundfunk, aber mit Pistolen, die sie in den Gürtel stecken könnten.

Sa 3.4.93 faz

■ Israel/Armee

In die Produktion

Jerusalem (AFP) – Israels Generalstabschef will rund 1.500 Soldaten zu Erntearbeiten auf die Felder schicken, um nach der Absperrung der besetzten Gebiete Westjordanland und Gaza-Streifen die palästinensischen Arbeiter zu ersetzen. Der israelische Bauernverband forderte die Regierung außerdem auf, 3.000 Thailändern die Einreise zu gestatten, um auf den Feldern zu arbeiten.

faz Mi 10.2.93

Palästinenser unter Folter gestorben

In den besetzten Gebieten sind schwere Mißhandlungen von Gefangenen durch den israelischen Geheimdienst und die Militärs nicht selten / Auch „subtile“ Foltermethoden werden angewandt

Aus Tel Aviv Amos Wollin

In einem Verhörzentrum des israelischen Geheimdienstes (Shin Bet) in Hebron starb vorgestern der 33jährige Mustafa Akawi, ein Palästinenser aus Ost-Jerusalem. Das israelische Fernsehen teilte mit, daß der am 22. Januar verhaftete Palästinenser am Tag vor seinem Tod vor den Militärtribunalen geführt wurde, der seine Haft verlängern sollte. Bei dieser Gelegenheit zeigte der Häftling dem Richter frische Wunden und berichtete, er sei gefoltert worden. Obwohl der Richter daraufhin eine ärztliche Untersuchung anordnete, verlängerte er Akawis Haft um weitere acht Tage. Seine Verteidigerin, die israelische Rechtsanwältin Lea Tsemel, die keinerlei Kontakt mit Akawi aufnehmen durfte, hatte am gleichen Tag beim Obersten Gericht in Jerusalem Beschwerde gegen die Mißhandlung ihres Klienten eingelegt. Akawis Familie verlangte vorge-

stern, daß die Obduktion des Toten in Anwesenheit eines „neutralen“ ausländischen Pathologen erfolgt, wofür das Jerusalem Komitee gegen Folter Sorge tragen will.

Nach den geltenden Bestimmungen hätte Akawis Vernehmung nicht in Hebron, sondern an seinem Wohnort in Ost-Jerusalem erfolgen müssen. Da sein Tod in den Räumen des Shin Bet eintrat, kann nur der Geheimdienst, nicht aber der Militärsprecher zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Die Familie betont, daß Akawi vollkommen gesund gewesen sei, als er wegen des Verdachts auf Zugehörigkeit in der PLO-Organisation „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) verhaftet wurde.

Schon früher hat es sowohl im Gaza-Streifen als auch in der Westbank in den Gefängnissen des Shin Bet Tote gegeben. Im März 1991 veröffentlichte die israelische Menschenrechtsorganisation Bet'lem einen

detaillierten Bericht über 41 Fälle, in denen Palästinenser aus den besetzten Gebieten in abgelegenen Räumen des Geheimdienstes schwer gefoltert wurden. In dem Bericht werden elf gängige „Verhörmethoden“ beschrieben: zum Beispiel die „Banannenfesselung“, bei der die Person mit den Füßen an den vorderen Beineneines Stuhls, mit den Handgelenken an die hinteren Beine des Stuhls gefesselt wird. Der Körper des Häftlings wird so nach hinten gebogen und ist den Schlägen der Folterer hilflos ausgeliefert. In sechs Fällen wurde die Leidensgeschichte der Betroffenen dokumentiert. Einige von ihnen wurden bis zu 45 Tage unter Folter verhört. Alle wurden so schlimm zugerichtet, daß sie während längerer Krankenhausaufenthalte behandelt werden mußten.

Es werden auch „subtilere“ Methoden angewandt, die keine Spuren an den Körpern der Gefangenen hinterlassen. Der Rechtsanwalt Raji

Sourani, Vorsitzender der „Gesellschaft für Menschenrechte“ im Gaza-Streifen, beschreibt in einem Interview mit der Zeitschrift 'Challenge', wie er im Gefängnis von Gaza mißhandelt wurde. Zusammen mit ungefähr dreißig anderen Palästinensern mußte er zwischen den Verhören im verdunkelten Korridor des Gefängnisses viele Tage und Nächte an den Händen gefesselt und im Stehen verbringen. Sie hätten jegliches Zeitgefühl verloren. Lediglich zweimal am Tag durften sie zur Toilette gehen, essen mußten sie stets in kürzester Zeit und ebenfalls im Stehen. Sprechen war verboten. Hinsetzen durfte man sich erst nach einem „Geständnis“. Oft wird der Druck zusätzlich durch Nahrungsentzug und Verweigerung des Toilettengangs verstärkt. Hier wird niemand geschlagen, weil es nicht erforderlich ist. Der psychische und physische Druck bringt fast jeden zum Zusammenbrechen.

Mossad wollte PLO-Flüchtlinge in Norwegen für Attentate werben

Oslo (ta2) — Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad haben im Januar letzten Jahres in Oslo versucht, mehrere PLO-Anhänger für Terrorereignisse zu gewinnen. Die Anwerbungsversuche geschahen bei längeren Verhören, bei denen sich die Mossad-Leute mit Wissen und Zustimmung des norwegischen Geheimdienstes den Asylsuchenden gegenüber als Norweger und Spezialisten für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten ausgaben. Zumindest bei den Anwerbeversuchen von zwei der Flüchtlinge saßen auch norwegische Polizeibeamte dabei, ohne einzugreifen. Diese Aussagen von 19 palästinensischen Flüchtlingen vor einem nichtöfentlichen Untersuchungsausschuß des Parlamentes sind gestern in Oslo durch Meldungen der 'Aftenposten' und im Rundfunk bekannt geworden.

Erste Einzelheiten der Affaire waren im September durchgesickert. Geheimdienstchef Svein Urdal hatte zugelassen, daß Asylsuchende, die vorher in der PLO aktiv gewesen waren, von getarnten Mossad-Agenten befragt worden waren. Die israelischen Geheimdienstler waren von ihren norwegischen Kollegen mit gefälschten norwegischen Pässen ausgestattet und als norwegische Palästina-Spezialisten vorgestellt worden. Die Geheimdienstaktion wurde offiziell scharf verurteilt, ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. Urdal mußte gehen, die Flüchtlinge erhielten allein aufgrund der Verhöre durch den Mossad politisches Asyl.

Ihre Angaben vor dem Ausschuß ergaben Erstaunliches. Ein ehemaliger PLO-Offizier hat nach den Berichten ausgesagt, der getarnte Mossad-Agent habe ihm in Anwesenheit der ruhig zuhörenden norwegischen Beamten folgendes „Geschäft“ vorgeschlagen: Er solle nach Zypern eingeschleust werden, dort einen Mordanschlag auf Abu Nasser, den stellvertretenden Führer einer palästinensischen militanten Gruppe verüben, mit Mossad-Hilfe nach Norwegen zurückkehren und dort die norwegische Staatsbürgerschaft erhalten. Anderen Flüchtlingen waren „Aufgaben“ in Algerien vorgeschlagen worden, so Kontaktaufnahmen zu ehemaligen Mitkämpferninnen und der Versuch, eine „Widerstandsgruppe“ zu bilden. Wieder andere gaben zu Protokoll, daß sie auf fallend über den PLO-Führer Abu Ibad ausgefragt worden seien, teilweise aus Angst sehr exakte Angaben gemacht hätten und sich nun große Vorwürfe machten: Abu Ibad kam inzwischen bei einem Anschlag ums Leben. Zumindest ein Flüchtling bemerkte auch, daß er bei den Verhören verdeckt gefilmt wurde und eine Tonbandmüllerei. Die norwegische Polizei hatte bislang immer behauptet, daß alle Verhöre ohne Film- oder Bandaufzeichnungen durchgeführt worden seien. In Oslo wird mit Spannung erwartet, wie Geheimdienst und Polizei die ihnen jetzt vorgeworfene indirekte Beihilfe zur Anstiftung zu Terroranschlägen erklären werden. Reinhard Wolff

Israel: Geheime Richtlinien für Folter

ai legt Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebiete vor

Aus Tel Aviv Amos Wollin

Mehr als 30.000 Palästinenser wurden in den ersten drei Jahren der Intifada von israelischen Behörden verhaftet. Viele von ihnen wurden während Verhören mißhandelt oder gefoltert. Palästinenser haben vor israelischen Militärgerichten kaum eine Chance für ein faires Verfahren. Solauten das Resümee eines Berichts über die israelische Herrschaft in den besetzten Gebieten, den amnesty international gestern vorlegte.

Prügel, Mißhandlungen und Folter im Verlauf von Verhören haben demnach System und werden durch geheime Richtlinien über „begrenzte physische Gewaltanwendung“ sanktioniert. Diese Richtlinien wurden zuerst von der offiziellen Landau-Untersuchungskommission festgelegt und 1987 von der israelischen Regierung übernommen. Diese Richtlinien verletzen laut ai-Bericht internationale Gesetze.

Besonders hervorgehoben wird in dem Bericht die Verbindung zwischen Folter und Mißhandlungen und der Fairneß von Prozessen. Geständnisse bilden demnach in den meisten Prozessen den Hauptbeweis gegen Verdächtige und viele Richter weigern sich, von Palästinensern erhobene Vorwürfe, ihre Geständnisse seien unter Folter erzwungen worden, zu untersuchen. Um den Prozeß zu beschleunigen, setzen Gerichte Angeklagte häufig unter Druck, sich im Tausch gegen niedrigere Strafen, schuldig zu bekennen. ai beklagt, daß Palästinenser von israelischen Behörden bis zu 18 Tagen festgehalten werden können, ohne einem Richter vorgeführt zu werden und es bis zu 30 Tagen dauern kann, bis sie Kontakt zu einem Anwalt oder ihren Angehörigen aufnehmen dürfen. In Israel dagegen haben Inhaftierte das Recht, innerhalb von 48 Stunden einen Anwalt zu sehen.

Der Bericht dokumentiert Fälle,

in denen inhaftierten Palästinensern systematisch Essen und Schlaf vorenthalten wurde. Zu den gängigen Foltermethoden gehören demnach das Überstülpen von schmutzigen Säcken, wodurch Erstickungsängste ausgelöst würden, Fesseln, die schmerzhaft Körperverrenkungen erzwingen, und Schläge auf den Körper einschließlich des Genitalbereichs. Vielfach würden Gefangene in engen, dunklen „Särgen“ oder in eiskalten, „Kühlschränken“ genannten Räumen in Einzelhaft gehalten, heißt es in dem Bericht. Mehrere Fälle von Palästinensern, die nach Verhören starben, sind dokumentiert.

Die israelische Regierung wies den ai-Bericht als einseitig zurück. In einer Erklärung des Justizministeriums hieß es, der Bericht sehe „weitgehend über die fortgesetzten Bemühungen Israels hinweg, die Menschenrechte der Gefangenen zu schützen“.

Folter ist bei Verhören von Palästinensern Routine

Ein jetzt vorgelegter Bericht bringt grausige Details über die Verhörmethoden des israelischen Geheimdienstes

Aus Tel Aviv Amos Wollin

Schwere Mißhandlungen und Folter gehören bei Verhören von Palästinensern durch den israelischen Geheimdienst GSS (General Security Service / Schabak) praktisch zur Routine, so das Resümee eines 110 Seiten starken Berichts, den das israelische Menschenrechtsinformationszentrum „Bazelem“ jetzt veröffentlicht hat. Die mit großer Genauigkeit durchgeführte Studie wurde von zwei israelischen Forschern verfaßt: Prof. Stanley Cohen, Kriminologe der Universität Jerusalem, und Dr. Dafna Golan, ebenfalls von der Hebräischen Universität. Verarbeitet und dargestellt wurden Interviews mit 41 Palästinensern, die bereit waren, ihre Foltererfahrung in allen Details wiederzugeben.

Insgesamt werden elf „gängige“ Foltermethoden beschrieben, darunter lange Isolationshaft in engen Kästen und „Särgen“, in denen man nur hocken oder stehen kann, oder auch in „Kühlschränken“ genannten, völlig unterkühlten engen Zellen; verschiedene Formen der Fesselung in körperverrenkenden Positionen, wobei die Opfer verhört und geschlagen, angespuckt oder mit Wasser begossen werden; Verwendung von stinkenden Säcken, die den Gefänge-

nen über Kopf und Schultern gebunden werden, während sie gezwungen sind, lange Zeit zu stehen, und dann verhört werden und Schläge beziehen; Todesdrohungen und Belästigung der Familien der Gefangenen; Kombination dieser Methoden mit Schlafentzug und Hungerperioden; kalte Duschen im Winter; Verprügelungen mit verschiedenen Instrumenten, während die Opfer wehrlos angebunden sind; Zwang, auf nassen Fußböden zu sitzen.

Interviewt wurden 26 inzwischen freigelassene Palästinenser und 15 noch inhaftierte. Die Inhaftierten machten ihre Angaben auf Fragebögen oder vermittelt ihrer Anwälte, die eine Erlaubnis zum Besuch ihrer Mandanten im Gefängnis hatten. Die Aussagen wurden unter Eid gemacht und wo dies möglich war in Anwesenheit anderer Personen, die als Zeugen fungierten. In fast allen untersuchten Fällen handelt es sich um Palästinenser, die keinerlei schwere Verbrechen begangen haben, sondern Steine auf Militärautos geworfen haben oder die versucht hatten, Kontakt mit sogenannten illegalen Organisationen (zur PLO zählende Gruppen) aufzunehmen. Jungen unter 20 Jahren sowie Frauen in israelischen Gefängnissen wurden nicht befragt. Von den 41 untersuchten

Fällen hatten 16 eine Krankenhausbildung nötig, nachdem sie durch die „GSS-Maschine“ gequält waren. Die Herausgeber des Berichts weisen darauf hin, daß im Zeitraum von 1989 und 1990 fünf gefangene Palästinenser während ihrer Verhöre gestorben sind. 13 weitere Gefangene sind während ihrer Inhaftierung ums Leben gekommen.

Folterung bei Verhören der palästinensischen Gefangenen im Verlauf der dreijährigen Intifada fanden in zehn verschiedenen GSS-Abteilungen in Gefängnissen in Jerusalem, Gaza und der Westbank statt; die beiden Autoren des Berichts, Prof. Cohen und Dr. Golan, verlangen, daß die Regierung eine unabhängige Untersuchungskommission einsetzt, die die in dem Bazelem-Bericht enthaltenen Anschuldigungen und das Folterproblem hier überhaupt überprüft. Die Veröffentlichung der Information sei wichtig, damit niemand in der israelischen Öffentlichkeit sagen kann, „er hätte nichts gewußt“. Die beiden Forscher weisen auch darauf hin, daß sich Soldaten, Aufseher und Gefängnispersonal, Ärzte und Militärtribunale, die unter Folter gemachte Geständnisse akzeptieren, der Verbrechen mitschuldig machen, wenn sie direkt oder indirekt als schweigende Zeu-

gen an den Mißhandlungen von palästinensischen Gefangenen teilhaben. Der Sprecher der israelischen Armee kritisierte den Bazelem-Bericht, der veröffentlicht wurde, noch bevor das Militär Gelegenheit zu einer Stellungnahme hatte. Gleichzeitig hat die Armee die Folterbeschuldigungen weder dementiert noch bestätigt. Der Armeesprecher erklärte lediglich, daß in jedem Fall einer Beschwerde eines Gefangenen eine Untersuchung durch das Militär erfolgt.

Um wie viele palästinensische Gefangene handelt es sich? Nach Angaben des israelischen Militärsprechers vom Februar dieses Jahres wurden ungefähr 75.000 Palästinenser im Laufe der Intifada verhaftet, also im Durchschnitt 25.000 in jedem der drei Aufstufsjahre. Davon wurden jährlich 15.000 vor Gericht gestellt. Die Herausgeber des Bazelem-Berichts waren nicht in der Lage, genaue Informationen über die Zahl der vom GSS Verhörten zu bekommen, aber die Annahme ist, daß jährlich rund 8.000 palästinensische Gefangene durch die „GSS-Maschine“ gehen müssen und längere Verhöre mütmaßen. Nach Schätzung der Forscher werden jährlich mindestens 1.600 Palästinenser unter Anwendung der detailliert beschriebenen Foltermethoden ver-

hört. Gleichzeitig, aber unabhängig vom dem Bazelem-Bericht, hat die israelische „Frauenorganisation für politische Gefangene in Israel“ bekanntgegeben, daß es in der letzten Zeit einige Fälle von „Vergewaltigungsdrohungen und extreme Formen psychologischen und physischen Drucks“ gegen eingekerkerte palästinensische Frauen gegeben hat, um die Inhaftierten zu Geständnissen zu zwingen. So sagte Frau Faiza Fodeh aus Akko unter Eid aus, daß sie ein Geständnis zu Hochverrat nur unter extremem psychologischen Druck unterschrieben hat. Man habe ihr gedroht, sie zu vergewaltigen und sie danach mit ihrer kranken Mutter zu konfrontieren — auf eine Weise, die den Tod der Mutter verursachen würde. Ähnliche Methoden wurden nach Angaben der Frauenorganisation auch gegen Chawla und Fatme El Azrak aus dem Aida-Flüchtlingslager angewendet. Während einiger Tage in Haft erhielten sie weder Nahrung noch Wasser. In dieser Zeit waren sie an Eisenstangen gefesselt und wurden geschlagen. Während ihres Verhörs hat man sie mit Vergewaltigung bedroht. Später wurden sie entlassen, Gerichtsverfahren haben nicht stattgefunden.

Die Stirn demütig an die steinalten Quader des höchsten Heiligtums der Juden gepreßt, die Schultern züchtig mit einem Tuch bedeckt, steht eine Gruppe von Frauen in der Glut der Sonne. Das Murmeln ihrer Gebete steigt in die tiefblaue Luft über Jerusalem. Neben ihren Männern wird mehr Platz gelassen, und sie dürfen im kühleren Schatten weilen, wo sie Zettelchen mit ihren geheimen Wünschen zwischen die Ritzen der vieltausendjährigen Klagemauer stecken.

Nur wenige Meter entfernt beginnt eine völlig andere Welt. Und doch ist sie dieselbe, mit zumindest denselben Wurzeln. Der Vorplatz zum Felsendom mit der goldenen Kuppel, dem drittgrößten moslemischen Heiligtum, ist für Juden tabu, soll sich dort doch das allerheiligste Innere ihres allerersten und zweiten Tempels befunden haben. Davon blieb angeblich nur eine Mauer, die Klagemauer. Für die Moslems indes ist dort Mohammed auf seiner Stute gen Himmel geritten — just auf dem Stein, auf dem Abraham, gemeinsamer Stammvater der jüdischen, moslemischen und christlichen Patriarchen, seinen Sohn Isaak opfern wollte. Einige Frauen, in sittsame Gewänder verhüllt, den Stoff bis über die Nasenspitze gezogen, berühren mit scheuer Ehrfurcht die nach Weihrauch duftenden Hufspuren, die Mohammeds Pferd im Inneren des Doms hinterließ. Auch ihnen wies Allahs Prophet den schlechteren Platz in den Moscheen zu.

Nur auf diesem kleinen Raum wird sie zum ersten und einzigen Mal materiell, die Mauer, die unsichtbar das ganze Land Israel durchschneidet. Hier, im heiligen Herzen Jerusalems, trennt sie als Klagemauer die gläubigen Scharen der Weltreligionen, die doch so viel gemeinsam haben. Ein wahrhaft symbolischer Ort, der sich fortsetzt als unsichtbare Mauer der religiösen Apartheid, die jede einzelne jüdische Familie von jeder „einzelnen“ moslemischen trennt. Eine Mauer, hinter der für die einen Demokratie beginnt und für die anderen Staatsterrorismus.

1. Die Opfer

Nashla aus Lod zum Beispiel. Lod, das früher ein arabisches Dorf war und Lud hieß, liegt in der Nähe von Tel Aviv, im israelischen Kernland also, Nashla, vielleicht 45 Jahre alt und von einer charakterstarken Freundlichkeit, ist eine von jenen, in deren Ausweis das Wort „nicht jüdisch“ vermerkt ist. Die Mutter von acht Kindern wohnt unter beengten Verhältnissen in einem palästinensischen Slumviertel, das von so viel schöneren jüdischen Häusern umgeben ist. „Ich bin nicht gegen die Juden“, sagt sie mit fester Stimme, „ich bin gegen die Diskriminierung.“ Nashla würde gerne arbeiten gehen, aber es gibt hier, im Gegensatz zu „drüben“ in der jüdischen Siedlung, keinen Kindergarten. Noch schlimmer findet sie jedoch die strikte Trennung zwischen den arabischen und den jüdischen Schulen, die rund achtmal mehr finanzielle Zuwendung erhalten. „Gemischte Schulen wären ein Garant für den Abbau von Vorurteilen“, davon ist Nashla, die Elternvorsitzende in der Schule ihrer Kinder, zutiefst überzeugt. Die Trennung der Kinder, sagt sie, lege den Grundstein zur Diskriminierung — zu jener unsichtbaren Mauer quer durch das Land. Auf jeden Fall zementiert sie die Sprachbarrieren, die Unkenntnis, die Ignoranz und die Angst voreinander.

Ein kleines Mädchen drückt sich an eine Mauer, es lächelt scheu, sein Blick im schmutzigen Gesichtchen ist seltsam trüb. Im Alter von vier Monaten, so erzählen die Bewohnerinnen, wurde es von einer Ratte angefallen. Sie hatte sich in den vier Quadratmeter großen Raum geschlichen, den sich sechs Personen teilen müssen — eine Mutter und fünf Kinder. Elendes Lod hinter der unsichtbaren Mauer.

Wie so viele hier wurde auch Nashlas Familie gleich mehrmals zur Flucht gezwungen: im Unabhängigkeitskrieg 1948, im Suezkrieg 1956 und im Sechstagekrieg 1967, als die Westbank, Gaza und die Golanhöhen von der israelischen Armee besetzt

wurden. 1948, 1956, 1967 — jedes jüdische Kind kennt diese Daten als Jahresszahlen rühmreicher Siege. Markieren diese doch, zumindest in den Augen der Heimkehrerinnen aus der Diaspora und der Überlebenden des Holocausts, die jahrhundertlang herbeigesehnte Umkehr in der Geschichte der Verfolgung und Ermordung von Juden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten sich viele traumatisierten Überlebenden und ihre Familien geschworen, niemals mehr wehrlose Opfer zu sein. Den Schmerz, das Leid, die verinnerlichte, verdrängte Gewalt, die sie mitbrachten, all das war made in Germany, auch wenn heute in Deutschland nicht gern an diesen Aspekt erinnert wird.

2. Die Opfer der Opfer

Doch da fragt sich Rita Giacaman, palästinensische Feministin aus der besetzten Westbank, warum ihr Volk eine deutsche Suppe auslöffeln muß: „Um die Probleme, die in Europa entstanden waren, zu lösen, sollte einem Volk ohne Land ein Land ohne Volk gegeben werden. Der Haken dabei war, daß in dem Land sehr wohl ein Volk lebte, und zwar schon seit Hunderten von Jahren, und das Volk waren wir.“ Die Palästinenserinnen als Opfer der Opfer.

Wenn die etwa vierzig Jahre alte Rita zu reden beginnt, dann bricht das Temperament mit ihr durch, ihre dunklen Augen leuchten auf. Zusammen mit ihrer nicht minder wortgewaltigen Freundin Sahar Khalifa, der international bekannten Schriftstellerin, sucht Rita Giacaman nach neuer feministischer Theorie und Praxis jenseits der männerdominierten PLO. „Die Unabhängigen“, so werden sie deshalb im ganzen Land gern genannt.

„Seit der Intifada“, berichtet Rita, „vor allem im ersten Jahr des Aufstands, haben die palästinensischen Frauen sich neues Selbstbewußtsein erkämpft: Sie spielten eine wichtige Rolle in den Nachbarschaftskomitees, auf den Straßen, in der mittleren Führungsebene der Intifada.“ In der nationalen Leitung seien jedoch bis heute keine weiblichen Mitglieder. Die einzige Möglichkeit, das zu ändern, sei die Ausbildung von Frauen zu einer Art feministischer Kader. Und deshalb haben Rita und Sahar vor gut einem Jahr in der Stadt Nablus das „Womens Affairs Center“ gegründet, das erste palästinensische Institut für Frauenforschung und -ausbildung, in dem Kurse über Soziologie, feministische Theorien, Frauenstudien, kreatives Schreiben, Methodologie und anderes mehr angeboten werden.

Ein hoffnungsfrohes Projekt, gewiß, aber in einer geradezu hoffnungslosen Zeit. Nach dreieinhalb Jahren Intifada, die von praktisch jeder Familie finanzielle und menschliche Opfer abverlangte, und nach anderthalb Monaten totaler Ausgangssperre im Golfkrieg, die Verelendung und Massenarbeitslosigkeit verursachte, ist der Alltag in den besetzten Gebieten zur Hölle geworden. Nadja, eine junge Deutsche mit palästinensischen Wurzeln, berichtet eine Geschichte von Tausenden: Als sie mit ihrer Tante im Auto durch Nablus gefahren sei, habe ein Jeep voller Soldaten einen anderen Wagen vor ihnen ohne ersichtlichen Grund gestoppt. „Dort saßen zwei ältere palästinensische Herren drin. Einer von den Soldaten stürzte sich so gelehrt auf den Fahrer, packte ihn am Kragen und ohrfeigte ihn. Ein Akt grandioser Demütigung.“

Die Erniedrigung, die Hakima erlebte, eine 38jährige Behindertenlehrerin aus Al-Bireh in der Westbank, war noch schlimmer: Fünf Monate lang wurde sie in Administrativhaft gehalten, bevor man sie am Tag ihres Prozesses entließ, weil man ihr nichts nachweisen konnte. „Ich wurde abends verhaftet und mit einem Sack über dem Kopf ins Gefängnis gebracht“, berichtet Hakima, immer wieder schütternd lächelnd, als müsse sie sich für die Befästigung entschuldigen, so viel von ihrer Person zu erzählen. „Dort haben sie mich in eine Zelle in jenem Trakt gesteckt, in dem der Sabab, der Geheimdienst, seine Verhöre macht. Niemand, nicht einmal Shamir, darf diese Zellen sehen. Ich war zwanzig Tage lang



Gaza: Gesundheitsunterricht für Frauen. Foto: Kadiv von Lohwizen

Freitag, 13.7.91

Unsichtbare hinter der Mauer

Der Golfkrieg hat die Gewaltspirale zwischen Israelis und PalästinenserInnen noch weiter gedreht, unter der die Frauen in besonderer Weise zu leiden haben. Ihre Kinder wiederum wachsen als eine Kriegsgeneration heran; die Erwartungen der Erwachsenen lasten auf ihnen. Und alle Beteiligten des jüdisch-palästinensischen Konfliktes können in der dauernden Anspannung nur leben, indem ihre Wahrnehmung Teile der Realität ausblendet. ■ VON UTE SCHEUB

in diesen Einzelzellen. Mehrmals zwischendurch wurde ich in den 'Schrank' gesperrt, eine Zelle, die nur 75 mal 75 Zentimeter breit, dunkel und stinkig ist, die Wände eng und naß, und man kann die Beine nicht ausstrecken. Dort ließ man mich einmal 16 Stunden ohne Wasser. Oder ich wurde ins 'Grab' gebracht, ich ebenfalls so kleines, enges, feuchtes Loch, daß ein dicker Mensch darin nicht überleben kann. Die 'normalen' Zellen sind alle völlig verdrückt. Mit Schwärmen von Wanzen und verrotten Essensresten, statt einer Toilette gibt es nur ein Loch im Boden, und wenn man nicht will, daß das Ungeziefer dort herauskriecht, muß man das Loch mit der Bettdecke schließen. Als ich meine Periode bekam, gab es keine Binden zum Wechseln und praktisch kein Wasser.

Hakima leistete ihre Art von Widerstand gegen die Inhaftierung und den Schmutz: Zwei Wochen lang aß und trank sie nicht mehr. Sie verlor 18 Kilo Gewicht und konnte vor Schwäche nicht mehr laufen. Vergleichlich fühlte man ihr den Puls — er schien nicht mehr vorhanden. Ein Arzt zwang sie, zehn Gläser Wasser auszutrinken. Doch kaum war der Puls wiedergekehrt, schickte er sie zurück zum Verhör.

Wie hat sie es geschafft, die schöne Frau unter dem weißen Kopftuch, wieder so lächeln zu können? Vielleicht hilft ihr, was sowohl die palästinensische als auch die jüdische Kultur kennzeichnet: die strikte Trennung zwischen Außen und Innen, zwischen geförmiger Gesellschaft und möglichst heilem Familienleben, zwischen den Brutalitäten auf der Straße und der gastfreund-

schaftlichen Herzlichkeit zu Hause. Dicke Vorhänge, die selbst am helllichten Tag zugezogen bleiben, schützen auch das Haus von Hakima und ihrer Großfamilie vor der Außenwelt. Drinnen herrscht eine Atmosphäre gedämpften Friedens.

Ihre Cousine Masina, ein 16jähriges, selbstbewußtes Mädchen mit lockigen Haaren, wurde fast gleichzeitig mit Hakima verhaftet und zwei Wochen lang gefoltert. „Ich wurde in den Hof des Geheimdiensttraktes gebracht, dort mußte ich den ganzen Tag in verkrümmter Stellung auf einem Schemel sitzen oder liegen, die Arme in Handschellen nach hinten gebogen und mit den gefesselten Füßen verbunden, und mit einem Sack über dem Kopf. Das ging 14 Tage lang so, ob bei Regen oder Sonne. Manchmal haben sie mich auch im Flur oder an eine Wasserleitung an-

gekettet. Und dann hieß es immer: Wenn du nichts aussagst, geht das immer weiter so, das macht uns nichts aus.“

Einmal, erzählt Masina, drohte einer der Verhörler sogar, sie zu vergewaltigen. Doch Masina reagierte unerwartet, anders als viele traditionell erzogene Frauen, für die die befürchtete Entehrung das Schlimmste ist. „Wir konnten uns ja nie waschen in unseren Zellen, schon nach wenigen Tagen haben wir gerochen. Also habe ich meine Jacke ausgezogen: ‚Hier, bitteschön.‘ Ich wußte genau, wie sehr ich stinke.“

Solche Drohungen und Mißhandlungen, sagt Michal, jüdische Mitarbeiterin der Hilfsorganisation „Women for Women Political Prisoners“, seien weitverbreitet. Es gebe noch schlimmere Fälle: Etlche Frauen seien beim Verhör geschlagen worden und hätten dabei ihr Kind verloren, eine Palästinenserin habe ihr Baby in Handschellen gebären müssen. Jedes Jahr durchläufen Tausende von PalästinenserInnen Verhör- und Foltertrakte der Gefängnisse.

Wo bleiben da die Gefühle ihrer Bewacher und Verhörler? Hinter welche Mauer werden sie gedrängt? Die jüdischen Schriftstellerinnen Rolly Rosen und Ilana Hammerman befragen Soldaten, die in ihrem dreijährigen Militärdienst auch Gefangene bewachten. „Wenn ich jemanden schlage oder Leute festnehme, dann mache ich sofort dicht“, antwortete einer, der sich selbst links im politischen Spektrum einordnet. „Ich isoliere mich von meinen Gefühlen, wenn ich Gefangene in meiner Obhut habe. Vollständig.“ Ein anderer, ebenfalls „linksgerichtet“, gibt zu, Inhaftierte zu schlagen: „Wir tun es alle. Ich meine, nicht jeder... aber auch Leute, die im Kibbutz aufgewachsen sind.“

3. Die Opfer der Opfer

Man sieht sie überall, die Soldaten. Ganz besonders viele stehen am Eingang zum Gaza-Streifen. Vor den großen Steinblöcken, die die Durchfahrt versperren. In die Durchfahrten. Unter Sonnenzellen am Straßenrand. Hinter Sandsackwällen, MG im Anschlag. Im 1967 besetzten Gaza-Streifen, 45 Kilometer lang und fünf bis acht Kilometer breit, wohnen, dicht an dicht, rund 700.000 Menschen, die Hälfte davon Kinder. Der Gaza-Streifen gehört nicht nur zu den größten Slums der Welt, sondern ist womöglich auch der größte Knast der Welt.

Nur noch eine Minderheit der PalästinenserInnen darf das Lager verlassen. Die Anzahl derjenigen, die jeden Morgen um drei Uhr aufstehen und in stundenlang schüttelnden Bussen nach Israel hineinfahren, um dort mit amtlicher Erlaubnis zu arbeiten, ist mit dem Golfkrieg von 60.000 auf 20.000 gesunken; die neuen EinwandererInnen aus Äthiopien und der Sowjetunion ersetzen die billigen palästinensischen Arbeitskräfte. Dafür aber ist die Zahl derer rapide gestiegen, die von der Militärverwaltung statt des orangefarbenen nur einen grünen Ausweis bekommen haben. Grün, das heißt: Ausreise nicht gestattet. Grün, das bedeutet für den kontrollierenden Soldaten: Vorsicht, hier steht jemand, der schon mal mit der Polizei oder der Justiz zu tun hatte. Achtung, eine politische Aktivistin. Oder ein Journalist. Hier materialisiert sie sich erneut, die unsichtbare Mauer. Da sei es doch ehrlicher, wenn „das vereinigte Deutschland Teile der Berliner Mauer nach Palästina und Israel schickt“, so daß Schamiris Regierung sie zwischen den besetzten Gebieten und Israel wiederaufbauen könne, zürnt da der Journalist und „green-card“-Besitzer Ali Jariri.

Gaza hinter der unsichtbaren Mauer ist ein einziges geronnenes Gewaltverhältnis: hastig aufgetragene und schon wieder zerstörte Häuser, Breiterehöhen, gesprengte Gebäude, offene Abwasserkanäle, zugemauerte Straßen, Wachttürme, Stacheldraht. Hier kann nichts anderes wachsen und sich spiralförmig drehen als Aggression und Gegenaggression. Hier grassiert die Gewalt hemmungslos auch zwischen den Unterdrückten.

„In Gaza ist es inzwischen für Frauen gefährlich geworden, ohne

Depression der Intifada

Di 4. 6. 92

Die Palästinenser unter israelischer Besatzung beginnen sich langsam vom Schock zu erholen, der sie am Ende des Golfkrieges erfasste. Die verzweifelte Suche nach einer Erklärung für die wieder einmal so demütigende Niederlage einer arabischen Armee, auf die sie ihre Hoffnungen gesetzt hatten, hatte in den ersten Wochen danach mit einer kollektiven Depression geendet, die wie eine Wolke monatelang über der Westbank und dem Gazastreifen hing. Inzwischen ist man wieder zu Bewußtsein gekommen, aufgewacht und muß die trostlose Tatsache konstatieren, daß man wieder einen Krieg verloren hat. Mit den Konsequenzen aus der Niederlage wird man leben müssen.

Von der Intifada, dem Aufstand gegen die Besatzung, der Anfang Dezember 1987 im Flüchtlingslager Dschebalja im Gazastreifen ausbrach, ist nicht viel übriggeblieben. Die politischen Denkenden unter den Palästinensern, die sich schon von Anfang an bewußt waren, daß die Intifada kaum zur Beendigung der israelischen Besatzung, geschweige denn zur Gründung eines palästinensischen Staates, führen würde, sahen immer die größte Leistung des Aufstandes darin, daß er den Palästinensern zum ersten Mal das Gefühl gegeben hätte, sie könnten über das eigene Schicksal mitbestimmen. Aber auch dieses Gefühl schwindet jetzt langsam unter der erdrückenden Realität. Denn abgesehen vom zeitweiligen Aufsehen, das die Intifada in den internationalen Medien erregte, als die ersten Steine zu fliegen begannen, hat der Aufstand am Ende nur eines gebracht: eine allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen unter einer Besatzung, die in diesen Tagen ins 25. Jahr geht und jetzt auswegloser denn je erscheint.

In Dschebalja, dem größten der Flüchtlingslager im Gazastreifen, merkt man heute nichts, was verraten könnte, dies sei vor nicht allzu langer Zeit das Zentrum eines Volksaufstandes gewesen. Die Spannung in der Luft ist weg, man fährt durch die Häuserblocks, ohne an jeder Ecke zu anzuhalten, um sich zu versichern, daß der Weg von Soldaten frei ist. Das Leben ist zur Normalität zurückgekehrt: Frauen in ihren langen bestickten Kleidern wandern nach dem Einkauf am Markt durch die sandigen, ungekehrten Straßen mit Plastikböden auf dem Kopf; unzählige Kinder spielen im Sand zwischen den Eselskarren, Müllhaufen und offenen Kloaken. Die Männer sitzen herum. Nachdem die Einreise von palästinensischen Arbeitern nach Israel eingeschränkt wurde, liegt die Arbeitslosigkeit bei etwa 50 Prozent.

Maskierte Banden immer eifriger auf Verräterjagd

In Dschebalja ist es vor allem die UNRWA, die United Nations Relief and Works Agency, die sich seit 40 Jahren um die palästinensischen Flüchtlinge kümmert, dafür sorgt, daß auch diejenigen, die in Israel nicht mehr arbeiten dürfen, nicht verhungern. Nicht weit entfernt von einer UNRWA-Klinik gibt es eine kleine Apotheke. Unter den Männern, die dort vorbeischaun, sich auf einen Stuhl hinter der Theke setzen und einen Kaffee aus der Thermosflasche einschenken lassen, ist Saki al-Aileh, 40, Lehrer an der UNRWA-Schule. Er hat zehn Minuten frei zwischen Unterrichtsstunden. „Selbst Baker beschwert sich schon über die Israelis, daß sie ihn bei jedem Besuch mit der Gründung einer neuen Siedlung auf der Westbank begrüßen“, resümiert er die derzeitige politische Lage. „Wenn sich Schamir nicht scheut, den Amerikanern, die ihm helfen, immer wieder eine Ohrfeige zu erteilen, wie glauben Sie, daß er mit uns umgehen wird?“ Eigentlich ist al-Aileh Schriftsteller. Er schreibt Kurzgeschichten, die sich wegen der militärischen Zensur zur Zeit nicht veröffentlichten lassen. Sie erzählen vor-

allem vom Alltag im Lager — wie sich die Besatzung und die Intifada auf die einfachen Leute auswirken, was aus ihnen wird, wenn ein Sohn erschossen oder verhaftet, das Haus demoliert wird; wie es sich lebt, wenn das Lager wochenlang unter Ausgangssperre gestellt ist; was passiert, wenn sich die politischen Gruppierungen zu streiten beginnen, wenn die Führung die Kontrolle über die Massen verliert. Überein Thema hat al-Aileh allerdings noch nicht geschrieben: die Kollaborateure. Seine Gedanken darüber seien noch nicht gereift. Dabei ist dies wahrscheinlich das heikelste Problem, das die Palästinenser in Gaza zur Zeit beschäftigt. Die meisten Kollaborateure sind von der restlichen Bevölkerung als solche schon bekannt. Sie liefern gegen Privilegien oder Drogen, oder auch weil sie erpreßt werden — mit der Verhaftung eines Sohnes etwa — Informa-

Israels Unterdrückung der Intifada hat zur Brutalisierung der palästinensischen Gesellschaft geführt. Die Jagd auf „Kollaborateure“ trägt Merkmale von Selbstzerfleischung.

VON HAL WYNER

wächst die Angst, daß dies nicht viel länger der Fall sein wird, daß die Aggression gegen die Besatzung sich bald nach innen richten wird und private Fehden unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Kollaboration ausgetragen werden. In letzter Zeit stellte sich heraus, daß es in der Stadt Gaza Gruppen gibt, die ganz gewöhnliche Diebstähle ungehindert durchführen, indem sie sich wie die maskierten Kommandos verkleiden,

Kilometer von der israelischen Grenze des Gazastreifens im Norden zur ägyptischen Grenze im Süden führt. Auch die neuen Militärbasen, die seit dem Ausbruch der Intifada im Gazastreifen errichtet wurden, liegen entlang dieser Straße. Die Soldaten verlassen sie hauptsächlich, um gezielt Verhaftungen vorzunehmen, nachts, wenn die Ausgangssperre in Kraft tritt. So bleibt die Stadt Gaza zumindest tagsüber ruhig. Zwischen

rung, erklärte vor kurzem der Leiter der Zivilverwaltung, Brigadegeneral Schiffmann, einer Gruppe von palästinensischen Journalisten. Nur die neuen Regelungen, die geplant werden, würden die Steuereinnahmen aus Gaza um etwa 30 Millionen Dollar kürzen, und ein Weg müsse erst gefunden werden, diese Summe zu ersetzen. Wie dieses Geld von der Bevölkerung aufzubringen sei, ist allen ein Rätsel. Selbst die Eselskarren



Jahre über Jahre Frustrationen angestaut: Palästinenser demonstrieren in Bir Zeit, Westbank.

Foto: Thomas Dreger

tionen an die Besatzungsmacht. Viele Aktivisten wurden nur mit Hilfe von Kollaborateuren erwischt, verhaftet oder erschossen — beim Fluchtversuch, wie es dann immer offiziell heißt. Die palästinensischen Mitarbeiter der Besatzung erhalten oft Waffen von der Armee und setzen sie auch ein. Als vergangene Woche in Nusseirat, einem der kleineren Flüchtlingslager im Gazastreifen, ein bekannter Kollaborateur von einer Gruppe Nachbarn bedroht wurde, warf er eine Handgranate in die Menge. Dabei wurde ein 17-jähriger Junge getötet, 20 weitere wurden verwundet.

Fast alle Palästinenser sind sich darin einig, daß den Kollaborateuren das Handwerk gelegt werden muß, nur der zunehmende Eifer der maskierten Banden, die dafür zuständig sind, löst immer mehr Unbehagen aus. Inzwischen wurden über 400 Kollaborateure ermordet, meist mit einer Brutalität und Grausamkeit, die weit über das angebliche Ziel der Abschreckung hinausgingen.

Zurück zur Normalität des Ausnahmezustandes

Während in manchen Fällen die Strafe als ungerecht angesehen wird — das Vergehen mancher Opfer sei nicht so schlimm gewesen, daß sie dafür hätten exekutiert werden müssen — herrscht unter den Palästinensern noch immer die Überzeugung, daß Entscheidungen über das Schicksal von Kollaborateuren von der Untergrund agierenden politischen Führung nach innen bekannten Regeln getroffen werden. Dennoch

die gegen Kollaborateure vorgehen und die niemand aufzuhalten wagt. Daß die Armee jemals in solchen Fällen zur Stelle gewesen sei, ist nicht bekannt.

Überhaupt ist die Präsenz der Armee im Laufe des vergangenen Jahres zurückgegangen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Jitzhak Rabin hat der derzeitige Verteidigungsminister Moshe Arens begriffen, daß das häufige Patrouillieren der Soldaten nur als Provokation aufgefaßt wurde. Zur Zeit sieht man also Soldaten meist nur an den vielen Sperren auf der Hauptstraße, die über die 40

den Trümmern des verlorenen Kriegs versucht man, wieder etwas Normalität ins Leben zu bringen. Immer weniger Ladenbesitzer halten sich an die Anweisungen der Intifada-Führung, die Geschäfte um Punkt zwölf Uhr mittags zu schließen. Die wirtschaftliche Lage hat sich zu sehr verschlechtert, als daß man sich Streiks leisten könnte. Die israelische Zivilverwaltung will Schritte unternehmen, um die lokale Wirtschaft in Gang zu bringen, die Zahl der Genehmigungen erhöhen, die an Kleinunternehmer erteilt werden. Man denkt auch an eine Steuererleichter-

ung in Gaza werden indirekt schon versteuert — sie müssen Nummernschilder tragen, die jährlich gegen eine Gebühr von bis zu 100 Dollar auszutauschen sind.

Fast der einzige Lichtblick in der sonst trostlosen Stadt ist das neue „Gaza Community Mental Health Programm“, die einzige professionell geführte Stelle im Gazastreifen, an die sich die Bevölkerung zur Behandlung von seelischen Problemen wenden kann. Das Zentrum wurde vor einem Jahr mit Duldung, aber ohne offizielle Genehmigung der Armee eröffnet, ein paar Häuser vom

Militärgericht entfernt, wo sich die Familien von Verhafteten täglich vor dem Stacheldraht versammeln, in der Hoffnung, einen Vater, Sohn oder Ehemann auf dem Weg vom Gefängnis zum Gericht zu erblicken. Vom kleinen weißen Haus aus, in dem das Zentrum untergebracht wurde, schaut man auf Mittelmeer und den schönen Strand von Gaza, den ein amerikanischer Journalist einst „Hell's riviera“ nannte. Das Problem, das es am häufigsten zu behandeln gibt, sagt Administrationsleiter Mohamed Naja, mit einem Hinweis auf seine statistischen Tabellen, sei Depression.

Die Klinik wird durch Spenden, vor allem aus Europa, finanziert. Naja zeigt stolz die Namen der Spender. Die Liste ist in der Tat lang, die Summen allerdings eher bescheiden. Die Schweizer Regierung steuerte im ersten Jahr ganze 10.452 Dollar zum Projekt bei; die Deutsche Botschaft in Amman schaffte es, 8.695 Dollar dafür zusammenzukratzen. Im Herbst sollen mit einer größeren Spende der EG zwei weitere Zentren im Gazastreifen eröffnet werden. Naja ist derzeit auf der Suche nach einem EEG-Gerät und vor allem nach Spenden, um die laufenden Kosten für die Führung der Kliniken zu decken. Nur einige Straßen vom Mental Health Center entfernt steht das Hotel Marna House, das von Najas Mutter, Alya al-Shawa geführt wird. Am Anfang der Intifada war Marna House die inoffizielle Medienzentrale der internationalen Journalisten. Alya war dabei nicht nur für Zimmer und Verpflegung zuständig, sie vermittelte auch Begleiter und Übersetzer für die Reporter und Fotografen, die in Massen das Hotel aufsuchten. Heute sitzt sie wie immer hinter dem großen Schreibtisch im Büro. Sie beschäftigt sich damit, ein Kleid mit einem traditionellen palästinensischen Muster zu besticken. Sie habe während des Golfkriegs damit begonnen, lacht sie.

„Bei uns in Gaza wird sich nie etwas ändern“

In letzter Zeit seien wenige Journalisten dagewesen. Vor kurzem habe einer aus Holland angerufen, der im ersten Jahr der Intifada oft dort war, erzählt sie. Er wollte die Telefonnummer von Samy, der ihn damals mit seiner politischen Analyse der Lage in Gaza so beeindruckt hatte. Samy sei in Ansar III, hat Alya erklären müssen, dem Inhaftierungslager bei Ketzot, in der Negev-Wüste. Er habe dort seit März 1989 24 Monate unter administrativer Haft verbracht, die erst vor zwei Wochen um ein weiteres Jahr verlängert wurde. Nein, einen Prozeß habe es nicht gegeben. Er sei letztes Jahr, zwischen Verhaftungen, etwa sechs Wochen frei gewesen und hätte geheiratet. Vor etwa einem Monat wurde seine Tochter geboren. Er nannte sie „Beirut“.

Auf Alyas Schreibtisch liegt das vor kurzem in den USA erschienene Buch Gaza — ein Jahr in der Intifada: ein persönlicher Bericht aus einem besetzten Land von der amerikanischen Journalistin Gloria Emerson, die 1989 über Monate hindurch im Marna House gelebt hatte.

Im Buch schreibt Emerson, die als „New York Times“-Korrespondentin über den Vietnamkrieg berichtet hatte, und auch sonstige Kriege und Bürgerkriege erlebte, über ihre Erfahrungen in Gaza: „Eine Besatzung so grausam wie diese ist genauso fürchterlich mitanzusehen wie ein Konflikt zwischen bewaffneten Nationen.“ Alya ist nicht sehr enthusiastisch über das Buch. Nach all den Berichten über die Intifada, aus ausländischen Journalisten über das brutale Verhalten der israelischen Soldaten, von israelischen Menschenrechtsorganisationen über die Foltermethoden des Sicherheitsdienstes und selbst von israelischen Reserve-soldaten über die Schreie der Häftlinge beim Verhör im Gefängnis, die alle nichts genützt haben, glaubt sie nicht, daß ein Buch mehr einen Unterschied machen wird. Für ihre Freundin Emerson, die es gut meinte, freut sie sich: „Vielleicht kann Gloria etwas verdienen“, meint sie. „New Yorker Intellektuelle werden das Buch wahrscheinlich interessant finden. Für uns in Gaza wird sich aber dadurch nichts ändern. Ich glaube, hier wird sich nie etwas ändern.“

Zum jüdisch-arabischen Staat geworden

Der 6-Tage-Krieg machte aus Israel ein Land zweier abgeschotteter Gesellschaften

Am frühen Morgen des 5. Juni 1967 griffen israelische Kampfflugzeuge Ägypten, Syrien und Jordanien an und zerstörten innerhalb weniger Stunden die gesamte Luftwaffe der drei arabischen Staaten. Israel hat binnen sechs Tagen die ägyptische Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen, die jordanische Westbank, Ostjerusalem und die syrischen Golanhöhen besetzt.

Die israelische Regierung erklärte seinerzeit, es habe sich um eine Reaktion auf arabische Drohungen gehandelt. In den Wochen vor dem Sechs-Tage-Krieg war es zu schweren Gefechten zwischen syrischen und israelischen Truppen gekommen, palästinensische Freischärler waren wiederholt von der jordanischen Westbank aus auf israelisches Gebiet verstoßen. Am 26. Mai hatte Ägyptens Präsident Nasser die Straße von Tiran, den Zugang Israels zum Roten Meer, für israelische Schiffe sperren lassen. Sofort nach dem Waffenstillstand annektierte Israel den Ostteil Jerusalems. Die Sinai-Halbinsel wurde 1977 im Rahmen des israelisch-

ägyptischen Friedensvertrags von Camp David an Ägypten zurückgegeben. — Den Gazastreifen, die Golanhöhen und die Westbank inklusive Ostjerusalem hält Israel seit 1967 entgegen unzähligen Beschlüssen der Vereinten Nationen besetzt.

Die israelische Armee okkupierte kein leeres Land. In den während des Sechs-Tage-Krieges besetzten Gebieten lebten damals 800.000 Palästinenser. Der jüdische Staat war damit zu einem jüdisch-arabischen Staat geworden, zu einem Staat mit zwei Gesellschaften. Bis heute gibt es praktisch keine normalen Kontakte zwischen Israelis im Kernland und Palästinensern in den besetzten Gebieten.

Die beiden Gesellschaften existieren nebeneinander oder prallen in bewaffneten Auseinandersetzungen aufeinander. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten erleben Israel nur als schwerbewaffnete Militärs oder Siedler, die sie am liebsten vertreiben würden. Viele Israelis kennen die Palästinenser meist nur als verarmte Steine werfer aus dem Fernsehen. taud

Israeli election

In search of peace

ISRAEL'S ELECTION ended 14 years' rule by the right-wing Likud party. It shows most Israelis' exhaustion with economic crisis and permanent armed conflict with the Palestinians, which they associate with Likud.

By Militant correspondents

It has overseen a 15% erosion of real wages and flat rents doubling in the last two years.

Tens of thousands of newly built houses are unoccupied because they were built in remote areas with no jobs or over the 'green line'. In the occupied territories, 60% of Russian immigrants voted Labour. Ministers welcomed them with open arms two years ago; now unemployment has reduced many of them to picking through garbage in the markets to find discarded vegetables.

On top of all this, the lack of principle, careerism and corruption of the establishment politicians, who shamelessly milk the state to line their own pockets and are obsessed with intrigues and back-stabbing, was an unbearable insult to the workers who pay the price of government policies.

In 1977 Likud won with the votes of the Sephardim (Jews who came to Israel from Arab countries). They are usually the poorest Israelis and identified Labour with the Ashkenazi (European origin) establishment.

Likud lost many of their votes this time, especially because of the sacking of foreign minister David Levy, a former building labourer whom many Sephardic workers saw as their representative in government.

BUT THESE workers weren't the only people to want Labour returned. US imperialism effectively bribed Israelis to kick out Likud. It withheld \$10 billion of loans until the country had a government that would curb Jewish settlements in the occupied territories.

Labour is the preferred party of imperialist and the Israeli ruling class. It came out of the Zionist movement and governed Israel for 29 years after 1948. It was the main architect of the dispossession of the Palestinians and their continued oppression.

Between 1984 and 1990 it shared power with Likud. The then Labour leader Shimon Peres was the finance minister responsible for a programme of vicious attacks on living standards.

He actually planned to use emergency decrees to allow the government to break signed wage deals and ban strikes.

Labour's election campaign tried to build a personality cult around new leader Yitzhak Rabin. Its theme tune's lyrics went: 'Israel is waiting for Rabin...' The party's name on the ballot was actually changed to 'Labour, led by Rabin'.

Rabin now claims the result shows public support for him, not his party. He demands the sole right to reach agreement with other parties, appoint ministers and determine government policy.

Despite the fact that Labour, together with the radical Meretz, the Communists and the Arab Democratic Party, commands an absolute majority in the Knesset, Rabin intends to bring some far-right and ultra-religious parties into the coalition.

He is wooing the Zomet party which believes Likud is soft on the Arabs. He wants the right in his government as a counterweight to the 'doves' in his own party.

LKUD'S ULTRA-NATIONALIST rhetoric made it 'assist the big powers' attempts to force Israel to compromise with the Palestinians and its Arab neighbours.

A Rabin-led government will represent the ruling class's interests much more soberly. Rabin is no ally of the Palestinians: *

In the 1948 civil war he took part in the expulsion of the Palestinian population of the towns of Lod and Ramle;

In the 1967 war he led the conquest of the occupied territories;

But a Labour government, unlike Likud, will avoid deliberately provoking the Palestinians, trying to draw some of their leadership into collaboration.

Rabin has announced that settlement in the densely populated areas of the West Bank will be frozen, while reserving the right to continue in the Jordan rift valley and the Golan Heights, which he says are vital for Israeli security.

Rabin will co-operate with the peace talks and will probably make concessions on secondary issues. He may be prepared to agree 'autonomy' for the occupied territories.

This would mean official recognition and positions for some leading Palestinians but would not end the agony of the people as a whole. The Palestinians could elect councils but would have no control over the Jewish settlements.

But will it bring them security and better living standards?

THE SEPHARADIM will expect improvements from a Labour-led government. Redirecting money from the settlements and the US loans will allow some repairs to Israel's crumbling infrastructure.

But a Labour-led government will continue its predecessor's monetarist policies. This won't help workers struggling to pay their monthly bills, students in a rundown education system or those waiting in growing queues for substandard treatment in neglected hospitals.

A former Likud supporter summed up the mood when he said: 'Things will be better under Labour because if they don't make things better we'll kick them out like we kicked Likud out.'

Rabin's honeymoon will be a short one.

But the Palestinian masses, exhausted by four years of struggle, are likely to make every effort to see the positive side of an agreement.

The empty shell they would receive would not satisfy them for long; they did not make an intifada for this.



Israelis celebrate Labour's election

But a Labour government, unlike Likud, will avoid deliberately provoking the Palestinians, trying to draw some of their leadership into collaboration.

Rabin has announced that settlement in the densely populated areas of the West Bank will be frozen, while reserving the right to continue in the Jordan rift valley and the Golan Heights, which he says are vital for Israeli security.

Rabin will co-operate with the peace talks and will probably make concessions on secondary issues. He may be prepared to agree 'autonomy' for the occupied territories.

This would mean official recognition and positions for some leading Palestinians but would not end the agony of the people as a whole. The Palestinians could elect councils but would have no control over the Jewish settlements.

But a Labour-led government will continue its predecessor's monetarist policies. This won't help workers struggling to pay their monthly bills, students in a rundown education system or those waiting in growing queues for substandard treatment in neglected hospitals.

A former Likud supporter summed up the mood when he said: 'Things will be better under Labour because if they don't make things better we'll kick them out like we kicked Likud out.'

Rabin's honeymoon will be a short one.

But the Palestinian masses, exhausted by four years of struggle, are likely to make every effort to see the positive side of an agreement.

The empty shell they would receive would not satisfy them for long; they did not make an intifada for this.

The Israel/Palestine story

1918: Britain takes Palestine from Turkey; **1922:** League of Nations grants Britain mandate to rule; Britain encourages Jewish immigration; Arab-Jewish tension; **1948:** Israel established by UN resolution dividing Palestine into a Jewish state, an Arab state and an internationally administered zone around Jerusalem; Palestinians fight, backed by Arab states; **1949:** Israeli forces repel Arabs, winning 75% of Palestine; Jordan annexes West Bank of River Jordan, Egypt the Gaza Strip, Jerusalem divided; **1956:** Nasser nationalises Suez canal; Israel occupies Gaza Strip and Sinai; **1967:** Six Day War; Israel defeats Egypt, Syria, Jordan, occupies Gaza Strip and Sinai again plus Golan Heights, West Bank and Jerusalem's Arab sector; **1973:** Yom Kippur War; Egypt attacks Israel; takes Sinai then loses it; **1977:** Likud wins election with policy of establishing Eretz Israel (the supposed Biblical land of Israel) and backing Jewish settlements in the West Bank; **1979:** Camp David agreement; Israel withdraws from Sinai; **1982:** Israel invades Lebanon; drives PLO from Beirut; **1985:** Israel withdraws from Lebanon, leaving under control of various militias, including Israel-backed South Lebanon Army; **1990:** Likud forms coalition with far-right and religious parties; increases backing for settlers who grow by 20% to 100,000.

For a socialist federation

IF LABOUR concedes some form of autonomy will it be a first step to an independent Palestine?

NO: ITS real intention is to give sops to pliable Palestinian leaders while keeping the iron fist of repression ready to smash the masses.

Truthfully, none of the Israeli ruling class are for an independent Palestinian state with the right of return for the two and a half million Palestinian refugees. They are terrified that such a

state would be at least radically nationalist if not revolutionary and would infect the rest of the Arab world.

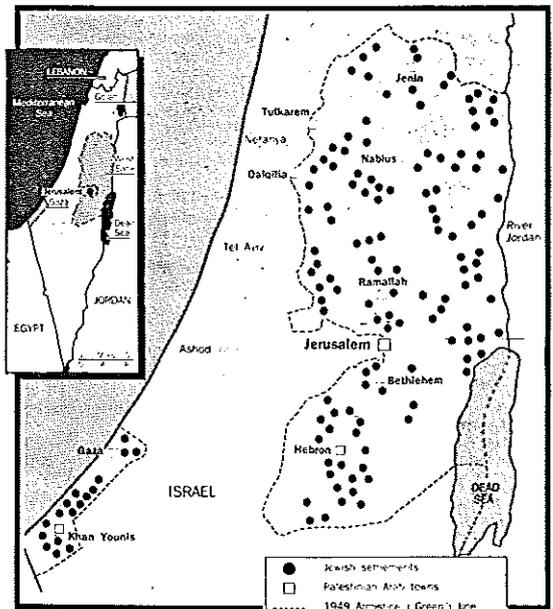
Rabin has talked of confederation between the West Bank (minus the Israeli settlements of course) and Jordan but would only enact this in order to drag a reactionary Arab regime into the repression of the Palestinians.

There can be no peace on the basis of capitalism because of the conflicting interests of the Israeli, Arab and imperialist ruling classes and their common antagonism to

the real interests of the masses, both Jewish and Arab.

The national conflict divides Arab and Jewish workers but they have common problems. The only lasting solution to the agonising conflict can be through workers' unity to fight for a socialist federation of the Middle East.

This could guarantee an independent socialist Palestine and a secular socialist Israel with equal rights, regardless of race, for all who live there.



Israel population: 4,895,700
Jews: 4,010,300. Other, mainly Arabs: 885,400
Occupied territories:
Jewish settlers: West bank: 90-100,000
Gaza Strip: 3,000, Golan Heights: 120,000
Palestinians:
West Bank: 900,000-1 million
Gaza Strip: 670,000-750,000

Die Gespräche mit Israel erscheinen den Palästinensern in den besetzten Gebieten zunehmend sinnlos, da sie an ihrer Lage nichts geändert haben ■ Von Ludwig Watzal

Freitag 5.4.93

„Die PLO verliert an Boden“



Sie wollen endlich einen eigenen Staat; Jugendliche am Fatah-Tag in Bir-Zet, Westbank

Foto: Thomas Dreger

Die israelisch-arabisch-palästinensischen Friedensverhandlungen quälen sich nun schon seit über einem Jahr ohne greifbares Ergebnis von Runde zu Runde. Während am Friedenswillen der Schamir-Regierung grundsätzliche Zweifel angebracht waren, gilt dies für seinen Nachfolger Jitzhak Rabin so nicht mehr. Dies heißt jedoch keineswegs, daß die Verhandlungen für die arabisch-palästinensische Seite einfacher geworden wären. Ministerpräsident Rabin gibt sich in der Form kulanter, aber in der Sache gilt er als hart und wenig flexibel, wie die völkerrechtswidrige Massendeportation von über 400 Palästinensern in den Südlibanon und die bisherige Verweigerung ihrer Rückkehr gezeigt hat. Ob die Aufhebung des Kontaktsperregesetzes durch die Knesset zu einer Intensivierung der Kontakte mit der PLO führen wird, bleibt abzuwarten. Die geltenden gesetzlichen Regelungen zu diesem Thema sind so dehnbar formuliert, daß eine Kriminalisierung von Kontakten zur PLO weiterhin möglich bleibt.

Für den ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland, Yohanan Meroz, steht es trotz alledem außer Zweifel, daß „die jetzige Regierung mehr für den Friedensprozeß leisten wird als ihre Vorgängerin“. Diese optimistische Beurteilung teilt die Pressesprecherin der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq, Randa Siniara, nicht; sie kann bislang keine generelle Veränderung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern erkennen. Und was die Möglichkeiten zur Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates mit der Hauptstadt Ostjerusalem angeht, ist sie äußerst skeptisch.

Aufgrund des Friedensprozesses gibt es erhebliche Spannungen innerhalb der Palästinenser in den besetzten Gebieten. In Gesprächen mit palästinensischen Intellektuellen und anderen Bewohner-

Innen der besetzten Gebiete wurde deutlich, daß die eigene Verhandlungsdelegation nur mehr geringe Unterstützung bei der Bevölkerung genießt. Viele sind gegen die Friedensgespräche, zum einen, weil sie die Mitglieder der palästinensischen Verhandlungsdelegation nicht als ihre Repräsentanten ansehen, und zum anderen, weil die palästinensischen Unterhändler von den Israelis nicht als gleichwertige Verhandlungspartner behandelt werden. So werfen die Journalisten Mazen Dana und Bassam Schweiwi aus Hebron den Delegationsmitgliedern vor, von der Fatah unter Führung Jassir Arafats eingesetzt worden zu sein. Die meisten Delegationsmitglieder hätten gemeinsame Interessen mit Israel, den USA und der PLO. Sowohl Arafat als auch der Verhandlungsdelegation fehle die demokratische Legitimation.

Ein palästinensischer Ingenieur, der nicht namentlich genannt sein wollte, wirft der Delegation vor, daß ihre Mitglieder der etablierten, politischen Klasse angehörten,

die einen Modus vivendi mit Israel anstrebt. Sie hätten ebenso wie viele Vertreter der PLO „keine Basis“ mehr unter den einfachen Menschen. Die palästinensische Bourgeoisie spreche nicht ihre Sprache, führe ein Luxusleben, repräsentiere vor allem den Geldadel, pflege die Verbindung zu den konservativen Scheichs und tummle sich in den PLO-Vertretungen im Ausland. „Sie leben wie die Maden im Speck. Ihre Interessen haben nichts mit denen der Menschen in der Westbank und im Gaza-Streifen gemein.“

Ein anderer Bewohner der Westbank äußert die Befürchtung,

daß es zu einem Volksaufstand gegen die PLO-Führung kommen könne, wenn sich ihr Verhalten nicht grundsätzlich ändere. Es sei unverständlich, daß die PLO-Führung um Arafat einen solchen Lebensstil zulasse, während Tausende in absoluter Armut lebten. „Die PLO muß fürchten, daß ihr der Boden entzogen wird“, meinte dieser völlig desillusionierte Palästinenser. In der relativ ungebrochenen Machtstellung der alten „guten Familien“, der Husseinis, Nusseibis und Masris, liege der Grund für die Spannungen zwischen PLO und den Menschen in den besetzten Gebieten. So sei es nicht verwunderlich, wenn sich immer mehr Palästinenser der Verweigerungsfähigkeit von George Habasch, Nayef Hawatme und der islamistischen Hamas-Bewegung anschließen.

Gespräche mit Bewohnern der besetzten Gebiete machen deutlich, daß es in der palästinensischen Bevölkerung drei Fraktionen gibt: Die erste Gruppe ist sich der Unzulänglichkeit der örtlichen PLO-

Führung bewußt, hält aber den Zeitpunkt für einen Wechsel noch nicht für gekommen. Ein interner Aufstand würde nur den Israelis nutzen und Arafats Autorität völlig untergraben. „Dies wäre ein hoher Preis ohne die Garantie, daß die neue Führung besser wäre“, wie ein Bewohner der Stadt Ramallah es formulierte. Eine zweite Gruppe denkt ähnlich: Auch sie hält den PLO-Vorsitzenden Arafat für integer, doch sieht sie in der Distanzierung der PLO von den reichen Ölscheichs ein gutes Zeichen. Das Ausbleiben von finanzieller Unterstützung aus den Golfstaaten werde zu Auseinandersetzungen zwischen den „guten“ Funktionären und den geldgierig auf ihren Vorteil Bedachten führen und einen Prozeß der inneren Reform einleiten.

Eine dritte Gruppierung in den

besetzten Gebieten setzt hingegen auf radikale Lösungen. Zu ihr gehören einerseits Personen, die den Islamisten nahestehen, zum anderen Mitglieder der linksäkularen PLO-internen Opposition gegen Arafats Fatah. Beide werfen der PLO Versagen vor und erwarten eine Veränderung der desolaten Lage entweder von den radikalen islamischen Fundamentalisten, der Hamas-Bewegung und dem „Islamischen Dschihad“, oder von der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ und den beiden Flügeln der „Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas“. Diese beiden Lager der Radikalen gewinnen im dem Maße an Zulauf, wie Verhandlungserfolge der palästinensischen Delegation ausbleiben, die ja in den Gesprächen mit Israel in enger Absprache mit der PLO vorgeht.

Auch die Ende 1986 begonnene „Intifada“ hat viel zur Klärung der internen politischen Machtverhältnisse beigetragen. Sie war nicht nur eine Rebellion gegen die israelische Besatzung, sondern auch eine Revolte gegen die veralteten Verhältnisse unter den Palästinensern, meint der Direktor der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem, Yizhar Be'er. Die Palästinenser versuchten mit ihrem Aufstand, eine neue Infrastruktur wie in einem quasi unabhängigen Staat zu schaffen. Es habe ein Machtkampf zwischen der politisch erfolglosen alten Generation und der erfolgreichen jungen stattgefunden. Die israelische Besatzungsmacht habe darauf mit Massenverhaftungen der jeweiligen lokalen Führungen geantwortet. Der israelische Geheimdienst „Shin Bet“ habe die jeweilige Führung identifiziert, die dann von der israelischen Armee verhaftet wurde. Die Verhafteten wurden durch immer neue Führungsgruppen ersetzt. Die Konsequenz dieses Prozesses war, daß die neuen Führungen immer ungebildeter wurden. Rivalitäten und Machtkämpfe wurden zunehmend brutal

ausgetragen. Es kam zu zahlreichen Morden innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft. Die „Philosophie“ Israels gegen die Intifada war nach Be'er, „die Palästinenser beim Genick zu packen und ihnen zu zeigen, daß die Entscheidung für den Aufstand ein Fehler war. Die Intifada war der Versuch der Palästinenser, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen; er ist gescheitert. Heute gibt es keinen Aufstand mehr, sondern einen bewaffneten Kampf zwischen kleinen Gruppen.“ Der Journalist Bassam Schweiwi aus Hebron sieht hingegen in der Intifada immer noch den erfolgreichen Versuch, Widerstand gegen die israelische Besatzung zu leisten. „Der Hungerstreik der Häftlinge vom Oktober 92 hat der Intifada wieder moralischen Rückhalt gegeben.“

Seit dem Beginn der israelisch-arabischen Nahostverhandlungen haben israelische Rechte und palästinensische radikale Islamisten versucht, diesen Prozeß zu Fall zu bringen. Doch je länger sich die Palästinenser in den besetzten Gebieten irgendeine positive Veränderungspüren, desto geringer wird die palästinensische Unterstützung für Verhandlungen mit Israel. Enttäuschung und Frustration greifen um sich.

Der palästinensische Kaufmann Yousef Al-Sharabaty in Hebron, dessen Haus in der Altstadt die israelische Armee 1982 zerstört hat, meint, daß der Friedensprozeß zu nichts führen werde. „Solange man uns nicht unsere Rechte zurückgibt, wird sich nichts ändern.“ Er vergleicht die Lage der Palästinenser während der Nahostverhandlungen mit der eines Mannes, der Durst habe, zu einer Wasserstelle geführt werde, um ihn dann aber nicht trinken zu lassen. Seit 25 Jahren tragen die Menschen die Bürde der Besatzung, sagt er, und die Le-

Palästinenser unter der Rabin-Regierung besser würde; diese Hoffnung hat sich nach einhelliger Meinung der Sprecher aller Menschenrechtsorganisationen nicht erfüllt. Sie werfen der israelischen Regierung vor, die Rechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten weiterhin zu mißachten. So gibt es in Israel allein zehn Menschenrechtsorganisationen plus drei palästinensische, die einen aussichtslosen täglichen „Kleinkrieg“ gegen die Regierung und die Besatzungsbehörden führen.

Auch Journalisten sind vor Übergriffen von Soldaten nicht sicher. Bassam Schweiwi beispielsweise wurde mißhandelt, als er am 16. Januar 1993 mit Palästinensern auf dem Gemüsemarkt von Hebron Interviews über das Verhalten israelischer Siedler machen wollte. Drei israelische Soldaten kamen und schlugen ihn ohne Vorwarnung mit einem Knüttel. Er habe hier keine Fragen zu stellen. Schweiwi zeigte den Soldaten seinen Presseausweis der Nachrichtenagentur Reuter, der sie aber nicht beeindruckte. Ein Soldat zertrümmerte sein Tonbandgerät auf dem Boden und schrie: „Du bist bloß ein Aufwiegler und ein Miststück, es gibt keine palästinensischen Journalisten, ihr seid alle Terroristen.“ Einer der beiden anderen Soldaten schlug derweil weiter mit dem Knüttel auf Schweiwi ein. Schweiwis Drohung mit einer Anzeige quittierten sie mit Gelächern. Reuter reichte Beschwerde beim Sprecher der israelischen Armee ein. Bis heute erfolgte keinerlei Reaktion.

The Public Committee against Torture in Israel (P.C.A.T.I.) wirft dem Shin Bet vor, für den Tod von Mustafa Al-Akawi und Samir Omar direkt verantwortlich zu sein. Der 35jährige Al-Akawi aus Jerusalem wurde am 22. Januar 1992 wegen angeblicher Unterstützung der PFLP verhaftet und ins Gefängnis von Hebron gebracht – auch nach israelischen Bestimmungen illegal, denn er besitzt eine Identitätskarte von Jerusalem. Anschließend wurde er

„Wenn sie den Frieden wollen, müssen die Menschenrechtsverletzungen aufhören.“

von Shin-Bet-Leuten verhört und mißhandelt. P.C.A.T.I. und andere Menschenrechtsorganisationen – sowie der Dekan der Juristischen Fakultät der Hebräer University, Professor Kremnitzer, fordern seither eine unabhängige Untersuchung des Todes von Al-Akawi. Die israelische Polizei hat ihre Ermittlungen unterdessen eingestellt. Kremnitzer protestiert in der israelischen Tageszeitung *Ha'aretz* vom 14. Februar 1992 dagegen und wiederholt die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Al-Akawis *treatment* und seinem Tod. In diesem Fall müsse Anklage wegen fahrlässiger Tötung und unerlässener Hilfeleistung erhoben werden. Kremnitzer weiter: „Angenommen, daß weder fahrlässige Tötung noch unerlässene Hilfeleistung im Spiel waren, so bleibt die Möglichkeit, daß der Mann geschlagen wurde.“ Die Regierung trage so oder so die Verantwortung für den „Vorfall“.

Meine israelischen und palästinensischen Gesprächspartner meinen, daß die Glaubwürdigkeit des israelischen Friedenswillens auch davon abhängt, ob die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten aufhören. Nicht nur palästinensische, sondern auch die israelischen Menschenrechtsorganisationen konnten keine positive Veränderung der Politik der Rabin-Regierung in bezug auf die Behandlung der Menschen in den besetzten Gebieten erkennen. Die Nahostverhandlungen haben noch einen langen Weg vor sich; hoffentlich gelangt sie an ein Ziel, das Frieden heißt.

Israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen hatten gehofft, daß sich die Lage der

Der Autor ist Redakteur der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ und freier Journalist in Bonn.

„Krieg der leeren Mägen“

Unter dieser Bezeichnung läuft bei vielen Palästinensern die plötzliche Wiederbelebung der Intifada in der West Bank und dem Gaza-Streifen seit Anfang Oktober.

Mach Dir bewußt, was vier Tage oder eine Woche hungern bedeutet. Jetzt stell Dir noch den unglaublichen Mut der 5.000 palästinensischen politischen Gefangenen vor, die mindestens 14 Tage lang gehungert haben, um gegen die Bedingungen in israelischen Gefängnissen zu protestieren.

28 Forderungen wurden gestellt, einschließl. nach dem Stopp der Folter und Mißhandlungen durch die Wärter, der Entlassung von 105 Gefangenen aus Isolationshaft im Ramle-Gefängnis und die Schließung aller Isolations-Blöcke. Der Protest hat insgesamt 16 Gefängnisse erfaßt.

Von fast jeder palästinensischen Familie in Gaza oder West Bank sitzt ein Angehöriger im Knast. Unterstützung für den Kampf breitete sich in den besetzten Gebieten explosionsartig aus. Allein am 7. Oktober sind 90 Palästinenser nur im Gaza-Streifen von israelischen Soldaten angeschossen worden -- ein 14jähriger erlag seinen Verletzungen. Die Bewegung vergrößerte sich noch, als Nimr Assad (26) am 15.10 im Hungerstreik starb.

Der neue israelische Premierminister Rabin wurde vom Westen als großer Friedensstifter gefeiert. Jetzt hat er seine Maske fallen gelassen. „Die israelische Armee hat den Befehl, jede mögliche Maßnahme innerhalb der Gren-

zen des Gesetzes zu ergreifen um mit den Unruhen fertig zu werden -- sei es durch Ausgangssperren, Straßensperren oder militärische Gewalt.“, so O. Ton Rabin nach einem Besuch des Gaza Streifen.

Die Wucht und Kühnheit der Proteste verdeutlicht den Frust der palästinensischen Massen über das Versagen ihrer Vertreter, in den Friedensverhandlungen mit dem israelischen Staat irgendwelche greifbaren Fortschritte zu erreichen.

Tatsache ist nämlich, daß diese „Vertreter“ im Verlaufe des Jahres ständig Zugeständnisse -- teilweise entscheidende -- an die Israelis gemacht haben, ohne jegliche Verbesserungen für das tägliche Leben gewöhnlicher Palästinenser zu erreichen. Die letzten Wochen haben bewiesen, daß die Unterdrückung genauso brutal ist wie früher.

Nach 14 Tagen Hungerstreik hat die Regierung fast allen Forderungen der Gefangenen zugestimmt. Der Streik wurde für eine Woche ausgesetzt, um die Einführung der Zugeständnisse zu testen. Falls sie nicht eingeführt werden, geht der Streik weiter.

Die Gefangenen haben in zwei Wochen mehr erreicht, als ein Jahr Verhandlungen in der Friedenskonferenz. Weit weg von den feudalen Konferenzsälen mit ihren bequemen Sesseln haben die palästinensischen Massen wiederum bewiesen, daß für jeden Fortschritt entschlossene Massenaaktionen entscheidend sind.

Artikel von Vincent Caprani, übersetzt aus der britischen marxistischen Wochenzeitung *Militant*.

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Mahmoud Masarwa sitzt seit 4 Jahren unschuldig im Gefängnis, weil der israelische Staat ihn für seine Aktivitäten als Sozialist und Gewerkschafter bestrafen will. Die Verurteilung zu der ursprünglich zehnjährigen Haftstrafe ist das Ergebnis falscher Anschuldigungen des israelischen Geheimdienstes.

Mahmoud nahm letzten Oktober am Hungerstreik von 10.000 palästinensischen politischen Gefangenen teil. Sie protestierten gegen die unerträglichen Haftbedingungen. Viele fasteten vierzehn Tage lang. Hussein Abeldat starb an Hunger und Erschöpfung. Er wurde neben seinem Bruder Mustafa beerdigt, der von der Polizei auf einer Demo für die Hungerstreikenden erschossen wurde.

Nach Zugeständnissen an die Gefangenen wurde der Hungerstreik abgebrochen. Das starre Gefängnis-Regime hat sich seitdem etwas gelockert.

Mahmouds vierzehntägige Besuchzeiten wurden von zehn auf vierzig Minuten ausgedehnt.

Die nächste Anhörung seines Falls findet kommenden März statt, mit der Möglichkeit einer frühzeitigen Haftentlassung. Jedoch gibt es keine Garantie, daß er nicht doch noch die restlichen drei Jahre seiner siebenjährigen Haftstrafe absitzen muß. Die ursprünglich zehnjährige Strafe wurde herabgesetzt während die internationale Kampagne für seine Freilassung lief. Die Kampagne geht weiter.

Mahmoud versucht jeden Brief zu beantworten. Zeige Deine Solidarität und schreibe ihm (auf Englisch):

Mahmoud Masarwa
Prison No.0018, 342 3
Ashmorat Prison
Israel 42100

Oder Du kannst ihm den Brief per Telefax schicken (to prison Governor, Fax-Nr. 010 972 53613445).